

„Volles Risiko, aber totale Abhängigkeit“

INTERVIEW. Gewerkschafter Roman Hebenstreit über Flexibilisierung als existenzielle Bedrohung für die Arbeitnehmer.

Von Claudia Gigler

Billigfluglinien wie die Ryanair stellen Piloten nicht mehr an, ...

ROMAN HEBENSTREIT: ... nicht nur die Ryanair ...

..., die Piloten werden nur noch bezahlt, wenn sie fliegen, nicht, wenn sie krank sind. Ist die Gewerkschaft da machtlos?

In Deutschland wird seit Jahren dagegen ermittelt, aber das Phänomen haben wir überall, auch in Österreich. Wir erleben eine gezielte Überwälzung des „Arbeitgeberrisikos“ auf die Arbeitnehmer. In der alten Denke hatte man den Menschen, der seine Lebens- und Arbeitszeit verkaufte, und die Unternehmensseite trug Investitions- und Auslastungsrisiko. Heute haben wir die „Flexibilisierung“: Das Risiko der Auslastung wird auf die Arbeitnehmer übertragen. Wenn man das will, soll man das sagen, dann müssen wir aber auch über die Verteilung der Gewinne reden.

Wo sehen Sie das noch?

Bei den Wachdiensten, bei den Lkw-Fahrern, in Deutschland sogar bei den Lokführern, bei den Kellnern. Und wir haben es bei den Friseuren, die den Friseurstuhl vermieten, die Beschäftigten aber nicht mehr anstellen. Volles Risiko, aber totale Abhängigkeit.

Braucht es da mehr Kontrolle?

In diesem Zusammenhang ist die

Zur Person

Roman Hebenstreit, geboren am 22. Juli 1971 in Feldbach (Steiermark) ist seit Dezember 2016 Vorsitzender der vda (Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft). Der rote Gewerkschafter ist Konzernbetriebsratsvorsitzender der ÖBB.

„Waxing“-Posse in Wien spannend. Frau Wagner hat gedroht, alle Angestellten zu Selbstständigen zu machen. Sie kann Beschäftigte nicht zu Selbstständigen „machen“, dafür gibt es klare Kriterien: eigene organisatorische Einheit, freie Arbeitseinteilung, Abhängigkeit von mehreren Auftraggebern, Besitz der Betriebsmittel etc. Aber es braucht eben Kontrollen.

Was braucht es noch?

Zum Beispiel ein Dienstleistungsgesetz. Nehmen wir die Bewachung von Justizanstalten. Da bedarf es genauer gesetzlicher Bestimmungen, was ausgelagert werden, unter welchen Bedingungen das Leasingpersonal arbeiten darf, wie die Menschen qualifiziert sein müssen, etc. Auch im Gesundheitswesen, in der Pflege wollen wir alle eine bestimmte Qualität. Ganz aktuell: Gerade ging die Begutachtungsfrist für das Vergaberecht zu Ende. Da gibt es eine breite Front der Länder gegen das Bestbieterprinzip, weil sie billigere Leistungen haben wollen.



Roman Hebenstreit: „Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass ich vom

Auch SPÖ-geführte Länder?

Ja. Alle politisch Verantwortlichen behaupten, die Leute in den Regionen halten zu wollen. Die ablehnende Haltung zu einem ehrlichen Bestbieterprinzip zeigt, das Gegenteil ist der Fall. Wir haben ein Volumen von rund 40 Milliarden öffentlicher Aufträge, vom Kugelschreiber bis zur Verkehrsdienstleistung. Mit dem Bestbieterprinzip könnte man Kriterien vorgeben, die die Jobs in der Region halten, Lehrstellen schaffen, Frauen fördern. Getrieben vom Irrsinn, überall noch ein paar Cent einsparen zu müssen, stellt man sich dagegen.

Warum sieht die Politik nicht, was Sie sehen?

Über das Billigstbieterprinzip im Bussektor zum Beispiel mache ich in ganz Österreich ältere Busfahrer zu Arbeitslosen. Warum? Weil im Billigstbieterregime nur der, der die billigsten Leute hat und diese am besten knechtet, den Auftrag erhält. Damit fallen Betriebe mit älteren Beschäftigten automatisch raus. Die dann Arbeitslosen sind den

Ländern finanziell aber wurscht, die zahlt eh der Bund. 50.000 Arbeitslose über 55 Jahre haben wir momentan. Das Vergaberecht wäre mit Sicherheit ein wirksamer Hebel, hier gegenzusteuern.

Die Sozialpartner sollen den Weg für den 12-Stunden-Tag ebnen. Sollen sie?

Das ist der Plan A von Christian Kern. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass ich von einer Öffnung auf zwölf Stunden, 60 Stunden pro Woche, nichts halte, inklusive der Idee, einen zweijährigen Durchrechnungszeitraum zu fixieren. Da hast du keine Überstunden mehr, da gleichen sich alle Auftragsdellen und -spitzen aus.

Was spricht dagegen?

Ich komme aus den ÖBB, also einem Bereich, in dem zwölf Stunden Arbeit normal sind. Allerdings unter bestimmten Bedingungen. Allein in der Gewerkschaft vda haben wir 170 Kollektivverträge, da sind alle Varianten der Flexibilisierung dabei, Durchrechnungen, Schichtmo-



12-Stunden-Tag bei zwei Jahren Durchrechnung nichts halte“

VIDA

delle, Gleitzeit. Aber das hat immer einen Preis: geblockte Freizeit, bezahlte Arbeitsunterbrechungen, Änderungszuschläge, Zeitzuschläge in der Nacht etc.

Ist es nicht schwierig, das für alle gleich zu regeln?

Das ist genau unsere Kritik.

Es geht also nur über die Kollektivverträge?

So ist es. Und es muss ein „Gegenverkehr“ stattfinden. Es kann nicht sein, dass man womöglich nicht einmal leben kann von der Arbeit, und gleichzeitig sein Leben nicht mehr organisieren kann. Zwölf Stunden arbeiten und dann das Doppelte in die Kinderbetreuung stecken? Das spielt es mit uns sicher nicht!

Was treibt die Regierung?

Das müssen Sie die Regierung fragen. Fakt ist, wenn du heute in eine Firma gehst und sagst, du willst kurzfristig etwas haben, dann zahlst du mehr, weil es mit mehr Aufwand verbunden ist. Das ist bei den Arbeitnehmern nicht anders, die müssen kurz-

fristig ihr Leben anders organisieren. Das kostet Geld, und das will man ihnen jetzt nicht mehr abgelten. Man will schlicht die Überstundenzuschläge weghaben. Das sagt aber keiner offen.

Wo sind die 1500 Euro Mindestlohn nicht zu schaffen?

Es geht überall. Es ist nur eine Frage des Willens.

Wo ist es am schwierigsten?

Im Taxigewerbe zum Beispiel, da ist meine Geduld bald am Ende. Da stehen wir bei rund 1200 Euro. Der Friseurbereich war auch extrem schwierig, wenig Gewerkschaftsmitglieder, und kleinteilig. Wir haben durchgerechnet, was es kostet, wenn wir von 1344 auf 1500 Euro gehen, ein Euro pro Haarschnitt! Da soll mir einer sagen, dass das nicht leistbar ist! Am Ende haben wir uns geeinigt. Damit bekommt eine Friseurin wenigstens so viel, dass sie netto 40 Euro über der Armutsgrenze liegt. Es darf keinen Job geben, wo ich 40 Stunden arbeite und davon nicht leben kann!

Panorama

Aktuelle Meldungen aus der Politik

WIEN

Sobotka will härtere Strafen

Minister: Geldstrafen für illegale Doppelstaatsbürger.

Das umstrittene Referendum in der Türkei hat eine Debatte über illegale Doppelstaatsbürgerschaften von Österreicher-Türken ausgelöst. Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) will nun schärfer dagegen vorgehen: Dem Minister schwebt vor, zusätzlich zum bisher schon vorgesehenen Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft Geldstrafen von bis zu 5000 Euro zu verhängen, wenn jemand einen österreichischen und einen türkischen Pass besitzt. Zudem will Sobotka mögliche Doppelstaatsbürger per Brief darauf hinweisen, „dass damit eine rote Linie überschritten ist“. In der SPÖ stößt er auf

wenig Gegenliebe: Klubobmann Andreas Schieder findet, dass „die Rechtslage ausreichend ist“. Kanzleramtsminister Thomas Drozda (SPÖ) äußerte ebenfalls Skepsis: „Vorher soll uns der Innenminister sagen, wie viele illegale Doppelstaatsbürgerschaften es überhaupt gibt“, unkt er.

Dass Erdoğan in Österreich ein Ergebnis von 73 Prozent einfahren konnte, führt Sobotka indes auf „Versäumnisse in der Integrationspolitik in den 70er- und 80er-Jahren“ zurück. Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) bekräftigt dies – und will nun „die Migration aus kulturfremden Regionen stärker einschränken“.



WIEN

Der Kanzler als Pizzabote

Kanzler Christian Kern hat einen Abend lang für ein Wiener Lokal Pizza ausgeliefert. Das Ziel der Aktion? „Mit Leuten ins Gespräch kommen“, so Kern. Eine Wahlkampfaktion ist dies laut SPÖ nicht. Man wolle lediglich zeigen, dass man um die Mittelschicht kämpfe. Ist das gelungen? Das Video auf kleinezeitung.at.

ST. PÖLTEN

Amt übergeben

Mit 52 von 56 Stimmen wurde Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) im niederösterreichischen Landtag zur Landeshauptfrau gewählt. Erwin Pröll trat nach 24 Jahren als Landeshauptmann ab.

WIEN

Länder lobbyieren

Die Bundesländer lobbyieren bei der Regierung für weniger Macht der Gerichte in Umweltfragen. Anlass ist das Nein des Bundesverwaltungsgerichts zur dritten Piste am Flughafen Schwechat.